



Haushaltsausschuss

2015/2285(INI)

15.2.2016

STELLUNGNAHME

des Haushaltsausschusses

für den Ausschuss für Wirtschaft und Währung

zu dem Thema „Europäisches Semester für die Koordinierung der
Wirtschaftspolitik: Jahreswachstumsbericht 2016“
(2015/2285(INI))

Verfasser der Stellungnahme (*): Jean Arthuis

(*) Assoziierter Ausschuss – Artikel 54 der Geschäftsordnung

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Haushaltsausschuss ersucht den federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Währung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. bedauert die geringe Berücksichtigung der parlamentarischen Dimension im Europäischen Semester und den mangelnden Ehrgeiz der diesbezüglich im Bericht der fünf Präsidenten formulierten Vorschläge; bedauert, dass der erste auf diesen Bericht folgende Jahreswachstumsbericht immer noch nicht in Form eines dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren unterliegenden Textes vorgelegt wurde, wie vom Europäischen Parlament gewünscht;
2. ist der Ansicht, dass die Wirtschaftspolitik der Europäischen Union nur in der Summe der einzelstaatlichen politischen Strategien besteht; verurteilt das Fehlen einer gemeinsamen strategischen Vision und die Unfähigkeit, eine branchenspezifische Industriepolitik auszuarbeiten und umzusetzen; fordert in Anbetracht der enormen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ungleichheiten zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten die Verfolgung einer wirksamen gemeinsamen Wirtschaftspolitik; bedauert die unbefriedigende Hebelwirkung aufgrund des begrenzten Umfangs des EU-Haushalts, die Unmöglichkeit, das Eigenmittelsystem zu ändern, und die mangelnde Kohärenz zwischen Wirtschaftsprognosen, wirtschaftspolitischen Prioritäten und der Ausarbeitung der ein- und mehrjährigen Haushaltspläne;
3. verweist erneut auf die wichtige Rolle der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) und des Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) im Hinblick auf die Verwirklichung der Ziele der Strategie Europa 2020 und betont, dass die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen und die ESIF enger miteinander verknüpft werden sollten, um die Wirksamkeit der EU-Ausgaben in den Mitgliedstaaten zu erhöhen und Bemühungen um Strukturreformen zu unterstützen, wodurch die Mitgliedstaaten weniger krisenanfällig würden;
4. weist darauf hin, dass der EU-Haushalt unmittelbar zur Verwirklichung von zwei der drei Ziele des Jahreswachstumsberichts 2016 (Wiederbelebung der Investitionstätigkeit, Fortsetzung der Strukturreformen und verantwortungsvolle, ehrliche Haushaltspolitik im Einklang mit den eingegangenen politischen Verpflichtungen) beiträgt; begrüßt in diesem Zusammenhang den Vorschlag der Kommission, EU-Mittel für technische Hilfestellung im Rahmen des Unterstützungsdienstes für die Strukturreformen einzusetzen;
5. ist der Ansicht, dass der Haushalt der EU die einzelstaatlichen Haushalte entlasten und die Bemühungen um die Haushaltskonsolidierung unterstützen könnte, indem Eigenmittel geschaffen und die Ausgaben rationalisiert werden; ist davon überzeugt, dass eine umfassendere Verwaltung der öffentlichen Mittel auf Unionsebene Einsparungen durch Größeneffekte und somit eine Verringerung der Ausgaben, beispielsweise in den Bereichen Diplomatie und Militär, ermöglichen würde, ohne dass dabei jedoch der Grundsatz der gemeinsamen Verwaltung, insbesondere für die Strukturfonds, in Frage gestellt werden sollte;
6. betont, dass ein defizitärer EU-Haushalt unrechtmäßig ist; stellt fest, dass die Mitgliedstaaten den Haushalt der Union zu einer Anpassungsvariable hinsichtlich der

einzelstaatlichen Haushalte machen;

7. hebt hervor, dass eine weitere Integration innerhalb des Euro-Währungsgebiets unerlässlich ist, um die Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) zu vollenden, und dass eine Fiskalunion einer der für das ordnungsgemäße Funktionieren des Euro notwendigen Eckpfeiler ist;
8. fordert, dass das Euro-Währungsgebiet Maßnahmen zur Stärkung der haushaltspolitischen Integration der WWU umsetzt, um asymmetrischen Schocks durch die Unterstützung der nationalen Reformbemühungen entgegenzuwirken; betont, dass jedes zu diesem Zweck geschaffene Instrument bzw. jede zu diesem Zweck entwickelte Steuerungsstruktur voll in die Verträge integriert und der demokratischen Kontrolle unterworfen werden muss und es dabei keinesfalls zu einer Überschneidung mit dem Aufgabenbereich und den Funktionen des Gesamthaushaltsplans der EU gemäß den Verträgen bzw. zu einer Übernahme dieser kommen darf;
9. fordert in Bezug auf den Standpunkt des Parlaments zum Euro-Währungsgebiet und seiner Haushaltskapazität, dass die Schlussfolgerungen des Initiativberichts über die Haushaltskapazität des Euro-Währungsgebiets, der im Laufe des Jahres 2016 verfasst wird, berücksichtigt werden;
10. fordert gleichzeitig die Umsetzung einer Synergie zwischen Haushalts- und Geldpolitik („Policy Mix“), um nachhaltiges Wachstum und die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen anzuregen;
11. bekräftigt, dass mit der aus dem EFSI finanzierten Investitionsoffensive für Europa Investitionen mit hohem Risiko finanziert werden sollen, was ohne die Risikodeckung durch den EFSI nicht möglich wäre; fordert die Kommission auf, sich zu vergewissern, dass nur Projekte mit hohem Risiko, die dem Grundsatz der Zusätzlichkeit entsprechen, Mittel aus dem EFSI erhalten; betont in diesem Zusammenhang, dass das Parlament die Projekte sowie ihre Hebelwirkung bewerten wird, um dafür zu sorgen, dass der EFSI-Garantiefonds im EU-Haushalt angemessen genutzt wird;
12. fordert die Kommission auf, den mehrjährigen Finanzrahmen – wie im Juni 2013 im Rahmen des politischen Übereinkommens zwischen Parlament, Kommission und Rat vereinbart – zu überarbeiten; unterstreicht, dass die Unangemessenheit des derzeitigen MFR anlässlich der Finanzkrise und der humanitären Krise in der Europäischen Union zwischen 2009 und 2014 deutlich geworden ist; hebt ferner hervor, dass die Finanzplanung der Union grundlegend reformiert werden muss und dass bei dieser Reform die Ziele, die Finanzierung und die Laufzeit der zur Verfügung stehenden Instrumente in ihrer Gesamtheit berücksichtigt werden müssen.

**ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG
IM MITBERATENDEN AUSSCHUSS**

Datum der Annahme	15.2.2016
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 17 -: 8 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Jean Arthuis, Reimer Böge, Lefteris Christoforou, Gérard Deprez, Eider Gardiazabal Rubial, Jens Geier, Monika Hohlmeier, Bernd Kölmel, Vladimír Maňka, Clare Moody, Siegfried Mureşan, Liadh Ní Riada, Younous Omarjee, Paul Rübig, Patricija Šulin, Eleftherios Synadinos, Indrek Tarand, Isabelle Thomas, Monika Vana, Marco Zanni
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter	Stanisław Ozóg, Andrej Plenković, Pavel Poc, Marco Valli, Tomáš Zdechovský